

**Cornelia Prüfer-Storks, Präses der Behörde für Soziales,
Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz der Freien und
Hansestadt Hamburg**

**Rede anlässlich der Einweihung des neuen Gedenkortes auf
dem Gelände der Asklepios Klinik Nord – Ochsenzoll am
02.05.2018**

Sehr geehrte Frau Bürgerschaftspräsidentin Veit,

sehr geehrte Frau Bischöfin Fehrs,

sehr geehrter Herr Dekan Mies,

sehr geehrter Herr Havlin,

sehr geehrter Herr Dr. Navon,

sehr geehrter Herr Prof. Dr. Lammers,

sehr geehrter Herr Dr. Wunder,

sehr geehrte Damen und Herren,

in diesen Tagen jährt sich zum 73. Mal die Befreiung Deutschlands von der nationalsozialistischen Terrorherrschaft. Heute vor 73 Jahren lagen weite Teile Europas, lag Deutschland, lag Hamburg in Trümmern.

Über zwölf lange Jahre – insbesondere von der so genannten „Machtergreifung“ am 30. Januar 1933 bis zur Kapitulation am 8. Mai 1945 – herrschten mit den Nationalsozialisten staatlicher Terror, Rassenwahn und die systematische Verfolgung und Vernichtung derer, die nicht in die nationalsozialistische Ideologie passten.

In unser Gedenken schließen wir sie alle ein:

- die getöteten kranken und behinderten Menschen, was im NS-Jargon verschleiern „Euthanasie“ genannt wurde

- die Widerständlerinnen und Widerständler sowie all jene, die sich dem Regime in den Weg stellten,
- und die viel zu lange vergessenen ermordeten an
 - Homosexuellen,
 - Sinti und Roma
 - Prostituierten und andere, für die der Begriff des „sozialen Schwachsinn“ in Hamburg erfunden wurde

Wer blind, taub, psychisch krank, schwer alkoholabhängig oder geistig oder körperlich behindert war, hatte im Unrechtssystem der Herrenmenschen-Ideologie keinen Platz.

Zwischen 1939 und 1945 wurden im Deutschen Reich 250 000 bis 300 000 wehrlose Kranke und Behinderte ermordet, darunter auch viele Kinder. 400 000 wurden zwangssterilisiert.

Allein aus Hamburg sind fast 6.000 Menschen mit Behinderungen oder psychischer Erkrankung in die Tötungs- und Verwahranstalten gebracht worden. Über 4.700 von ihnen wurden nachweislich getötet. Darunter viele jüdische Patientinnen und Patienten.

Von Anfang an wurde das nationalsozialistische „Euthanasie“-Programm auf Initiative und mit Unterstützung von Psychiatern umgesetzt.

Psychiater legten die ideologische Grundlage, schrieben den Kommentar zum „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, zeigten „Erbkranke“ bei den Behörden an, führten Selektionen in Konzentrationslagern durch, waren an Menschenversuchen und Tötungsaktionen in Krankenanstalten beteiligt.

Die Ermordung so genannten „unwerten Lebens“ war zwar keine Erfindung des Nationalsozialismus. Aber dieser hat die Gedanken der Eugenik auf brutalst mögliche Art umgesetzt mit dem kalten technokratischen Perfektionismus einer in der Berliner Tiergartenstraße 4 residierenden Zentralverwaltung, der „T4“.

Wir wissen, dass vorwiegend der kirchliche Protest 1941 dazu führte, die systematischen Tötungen in großem Stil und ‚unter den Augen der Öffentlichkeit‘ zu beenden. Aber die Morde gingen weiter – in den Anstalten selbst, durch Nahrungsentzug, tödliche Übermedikation und auch in den so genannten Kinderfachabteilungen, von denen es zwei in Hamburg gab.

Alle daran beteiligten Ärzte und Ärztinnen wirkten freiwillig mit – und dass nicht trotz, sondern vorgeblich wegen ihres ärztlichen Berufsethos. Heilen und Vernichten war im Selbstverständnis der am Krankenmord beteiligten Ärztinnen und Ärzte Kehrseite ein und derselben Medaille. Die Medizin machte sich die nationalsozialistische Idee zur Schaffung eines ‚erbgesunden Volkskörpers‘ zu Eigen und wirkte bereitwillig daran mit, dieses Programm in die Praxis umzusetzen – auch hier in Hamburg. Aber die Ärztinnen und Ärzte handelten auch nicht alleine. Sie hatten bereitwillige Unterstützer und Unterstützerinnen in der Gruppe der Pflegerinnen und Pfleger, der staatlichen (Gesundheits-)verwaltung und nicht zuletzt im Öffentlichen Gesundheitsdienst unserer Stadt.

1934, schon ein Jahr nach der so genannten Machtergreifung der Nationalsozialisten, entstand unter dem damaligen Hamburger Gesundheitssenator Friedrich Offerdinger der Plan, die Staatskrankenanstalt Friedrichsberg – damals ausschließlich ein Krankenhaus für die Behandlung psychisch Kranker – aufzulösen und die Einrichtungen in Hamburg zu zentralisieren.

Ein erster Schritt war die Verkleinerung von Friedrichsberg durch Verlegung von vielen hundert Patientinnen und Patienten in andere Kliniken. Wir wissen, dass diese Verlegung für viele den Beginn eines Weges in den Tod markierte.

Seit 1936 war dann die "Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn" neben der Universitätsklinik die einzige staatliche Institution für die Behandlung psychisch Kranker in Hamburg.

Dieser Ort wurde damit die zentrale staatliche Drehscheibe der Anstaltsdeportationen im nationalsozialistischen Hamburg. Eingestuft als „unwertes Leben“ wurden die Patientinnen und Patienten von hier im Laufe der Jahre zu mehr als 20 verschiedenen Tötungsanstalten transportiert. Allein hier aus Langenhorn sind 4097 Fälle dokumentiert.

Direkt oder indirekt beteiligt an der Ermordung war natürlich auch die andere Hamburger Klinik, in der psychisch Kranke behandelt wurden – wenn etwa so genannte nichttherapierbare Patientinnen und Patienten aus der Universitätsklinik nach Langenhorn verlegt wurden.

Der Weg der Ermordeten führte oftmals über diverse Zwischenschritte in die Vernichtungsanstalten – auch um den Tathergang zu verschleiern.

Hinzu kommen die mehr als 500 Menschen mit Behinderung, die den damaligen Alsterdorfer Anstalten in Hamburg anvertraut waren und die nachweislich ermordet wurden.

Bis heute bezeugen diese Orte, von denen ich heute nur einige benannt habe, die Verbrechen, die im Namen der Medizin begangen wurden. Aber nach 1945 galt auch für die Medizin, was

die bundesdeutsche Gesellschaft insgesamt lange Zeit geprägt hat: Verschweigen, verdrängen, verharmlosen, leugnen.

Nach dem Krieg haben fast alle der beteiligten Medizinerinnen und Mediziner, aber auch hochrangige Mitarbeiter der hamburgischen Gesundheitsverwaltung, ihre Berufslaufbahn unbehelligt fortsetzen können und machten zum Teil erstaunliche Karrieren. Die wenigsten wurden für ihre Taten verurteilt.

Während die Täter und Mittäter – Männer wie Frauen – also nicht oder nur selten zur Rechenschaft gezogen wurden, verweigerten Staat und Gesellschaft den Überlebenden und den Ermordeten lange Anerkennung und Mitgefühl.

Dass die Medizinverbrechen der Nationalsozialisten erst seit 2007 als die Gräueltaten der nationalsozialistischen Ideologie eingestuft – und wiederum erst vier Jahre später die Opfer der grausamen Krankenmorde und Sterilisierungen mit anderen Opfern des Nationalsozialismus gleichgestellt wurden – macht sprachlos und betroffen.

Mit diesem jahrzehntelangen Verharmlosen, Verschweigen und Verdrängen der Taten ist den Opfern ein zweites Mal Unrecht angetan worden.

Wir wollen heute ein Zeichen setzen – zum Gedenken an die Opfer und um die Verantwortung der Täter und derer, die sie so unerträglich lange schützten, sichtbar zu machen.

Die Gedenksteine und Informationstafeln, die an den Orten der Euthanasie-Verbrechen seit einigen Jahren mahnen, markierten einen wichtigen Anfang.

Es fehlte aber bislang ein zentraler Informationsort in Hamburg – ein fester Platz der Euthanasie- und Medizinverbrechen im Gedenk- und Ausstellungs-Konzept der Freien und Hansestadt Hamburg.

Frau Thevs, von der Initiative der Stolpersteine, hat sich deswegen an den Senat gewandt, mit der Bitte, diese Lücke zu schließen und einen solchen Lehr-, Lern- und Gedenkort in Hamburg zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund startete 2015 ein Arbeitskreis unter Federführung der Senatskanzlei, der auch Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Institutionen versammelte.

Gemeinsam haben sie ein mehrteiliges Konzept für ein angemessenes Gedenken an die Opfer der in Hamburg verübten Kranken- und Behindertenmorde entwickelt.

Bereits im letzten Jahr wurde die Dauerausstellung „Medizinverbrechen im Nationalsozialismus“ im Medizinhistorischen Museum im Universitätsklinikum in Hamburg eröffnet und das *„Hamburger Gedenkbuch Euthanasie. Die Toten 1939 – 1945“* veröffentlicht.

Ich selber habe die Ausstellung bereits besucht und finde es ist ein eindrucksvoller und beklemmender Ort.

Das Gedenkbuch und die Dauerausstellungen sind zwei wichtige Schritte für unsere Stadt. Sie geben den Opfern Namen, arbeiten ihre Schicksale auf, verfolgen ihre Spuren und rücken die Opfer und Täter in das öffentliche Bewusstsein.

Heute setzen wir gemeinsam ein drittes Zeichen gegen das Vergessen:

Der zentrale Ort der staatlich organisierten Euthanasie-Verbrechen in Hamburg, das Gelände der ehemaligen "Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn", wird heute als neuer Gedenkort eingeweiht. Weitere Kennzeichnungen an historischen Orten werden folgen.

Die Gedenktafel, die schon seit fast zehn Jahren vor dem Direktoriatsgebäude der Klinik steht, wurde ergänzt und erweitert. Dazu wird Herr Dr. Wunder gleich noch einiges berichten.

Ich finde, was beabsichtigt war, ist wirklich sehr gut gelungen: Das Ensemble sucht Aufmerksamkeit.

Wer hier vorbei geht, der sieht auf Anhieb, dass dieser Ort etwas zu erzählen hat, das nicht vergessen und nicht übersehen werden soll.

Hier ist ein neuer Gedenkort in der Stadt entstanden, der mit vielen Informationen einlädt zur Auseinandersetzung. Die drei Stelen erklären, welche grausame Rolle dieser Ort einst gespielt hat, wie der Nationalsozialismus die Eugenik für sich nutzte und wie die Krankenmorde in ganz Hamburg, systematisch umgesetzt wurden. Es ist ein Ort, der die brutalen Fakten nach Außen trägt und gleichzeitig einen Platz bietet zur stillen Anteilnahme.

Im Namen des Senats möchte ich allen Beteiligten für ihren Einsatz, für ihr Engagement und für die gelungene Umsetzung bedanken.

Meine Damen und Herren,

Erinnerungsarbeit endet nicht mit dem Bau von Stelen – sie beginnt erst hier. Erinnern, aufarbeiten, verstehen – das sind lebendige Prozesse. Sie brauchen gedankliche Konfrontation, sie brauchen Informationen, brauchen Kontext, brauchen Zusammenhänge damit sie wirken.

Dieser Ort stößt genau diesen Prozess an.

Hier auf dem Gelände einer der größten Fachkliniken für Psychiatrie und Psychotherapie in Deutschland steht er gleichzeitig als Mahnung für die Zukunft: Psychiatrie trägt immer einen Teil hoheitliches Handels in sich. Das legt uns eine ganz besondere Verantwortung auf. Patienten sind besonders auf unseren Schutz angewiesen.

Vielen Dank.